

Sächsische Vollzeitung

Schriftleitung: Dresden-K., Volkerstr. 17, Fernruf 30711 u. 31012
Verlagsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsanstalt und
Verlag Th. und G. Winkler, Volkerstraße 17, Fernruf 31012,
Postfach: Nr. 1025, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 04787

Mittwoch, 11. September 1935

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einleitender Betriebsstörungen hat der Verleger über Werbungsteilnahme keine Verantwortung, falls die Zeitung in beschränkter Umfassung, verspätet oder nicht erscheint. — Druckort Dresden. —

Auch Paris für Sühnemaßnahmen?

Eine Genfer Meldung des Daily Telegraph Deutschland soll schön sein!

Vor einer bedeutenden Erklärung des englischen Außenministers

London, 10. Sept.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph in Genf will auf das allerbestimmteste erklären können, daß, falls Großbritannien sich berufen fühlen würde, Sühnemaßnahmen zu beantragen, Frankreich ihm seine volle Unterstützung zuteil lassen werde.

Der Korrespondent fügt hinzu, daß sogar Laval jetzt überzeugt sei, daß seinem Lande keine andere Wahl bleibe. Falls Mussolini seinen Feldzug beginne, werde er es in voller Kenntnis dieser Tatsache tun. Am Mittwoch werde Hoare in der Vollziehung der Völkerbundsversammlung eine ausführliche Erklärung abgeben. Diese Erklärung werde, wie verlautet, von allergrößter Wichtigkeit sein und jeglichen Zweifel, der etwa noch hinsichtlich der britischen Politik gehegt werden sollte, beseitigen.

Erste Besprechung Hoare-Laval

Genf, 10. Sept. Der britische Außenminister Sir Samuel Hoare hat Dienstag vormittag zusammen mit Minister Eden den aus Paris zurückgekehrten französischen Ministerpräsidenten Laval aufgesucht. Diese Unterredung ist die erste Zusammenkunft zwischen Hoare und Laval.

Im Zusammenhang mit den Arbeiten des Fünferausschusses hat Montagabend eine Besprechung zwischen dem Vorsitzenden des Ausschusses Madariaga und Molli im Beisein des Generalsekretärs des Völkerbundes stattgefunden.

Gemeinsames Völkerbundsmandat über Abessinien?

Ein englischer Vorschlag

London, 10. Sept.

Der Genfer Korrespondent der Times meldet: Die allgemeinen Grundzüge einer möglichst möglichen Regelung der abessinischen Frage nehmen allmählich Gestalt an. Es verlautet, daß die britische Abordnung bereits ein gemein-

sames Mandat des Völkerbundes über Abessinien vorgeschlagen hat. Es ist noch nicht möglich zu sagen, welche Form dieses Mandat annehmen würde, ob es unmittelbar vom Völkerbundsamt durch seinen eigenen Oberkommissar und seine eigenen Beamten ausgeübt, oder ob es zwischen den Unterzeichnern des Vertrages von 1903, d. h. Frankreich, England und Italien, verteilt werden würde, die dann im Namen des Völkerbundes handeln würden.

Beitragereits wird der eine Vorbehalt gemacht, daß Abessinien den Plan freiwillig annimmt.

Der Korrespondent fügt hinzu, es verlautet, daß Laval und die französische Abordnung sich zu dem Plan bekannt hätten. Die Franzosen hätten somit ihre erste Ansicht geändert, wonach Italien allein mit Zustimmung des Völkerbundes ein Mandat über Abessinien erhalten sollte. Außerdem bemerkt der Korrespondent noch, es seien Zeichen vorhanden, daß das vorgeschlagene internationale Mandat dem Regus sehr wenig Souveränität lassen würde. Es dürfe daher nicht vergessen werden, daß er den Vorschlag vielleicht zurückweisen werde.

Reuter meldet aus Addis Abeba:

Die Haltung des Regus ist noch wie vor fest.

Er will weder einem Dreimächte-Mandat noch einem italienischen Mandat nach dem Vorbild des englischen Mandats im Irak noch einer internationalen Polizeitruppe zustimmen. Der Kern der amtlichen abessinischen Kreise über die Fortdauer des Waffenstillstandes nimmt täglich zu.

Einer Neudemung aus Genf zufolge wird die Katerin von Abessinien heute um 23.45 Uhr durch Rundfunk einen Aufruf an die Frauen der Welt richten. Sie wird aufrichtig sprechen und ihre Worte werden von der Prinzessin Tschai ins Englische übertragen werden. Der Aufruf ist von dem internationalen Frauenbund für Frieden und Freiheit veranstaltet und wird von der nationalen Rundfunkgesellschaft von Amerika verbreitet werden.

Paris, 10. Sept.

Baron Molli erklärte dem Genfer Sonderberichterstatter des Welt Journal in einer Unterredung, jedermann wisse, daß der Völkerbund keinerlei Autorität mehr haben würde, wenn er jetzt Schiffsbruch erleide. Man dürfe den Gefahren der augenblicklichen Lage nicht blind gegenübersehen. Entweder der Völkerbund werde diese schwierige Frage regeln, oder aber die neue Auffassung von der internationalen Ordnung, die er verkörpere, breche zusammen, und dies würde ein schwer auf der Welt lastendes Unheil sein.

Italienischer Angriff am 24. September?

London, 10. Sept.

Mehrere englische Blätter melden aus Addis Abeba, daß der Beginn des italienischen Angriffes auf den 24. September festgelegt worden sei. Dies gehe aus einer abgegangenen Funkmeldung hervor, die von Rom nach Asmara, der Hauptstadt von Eritrea gesandt wurde.

Auch die letzte amtliche Mitteilung von der Grenze Eritreas bestätigt, daß große italienische Truppenabteilungen von Komara nach der Grenze in Richtung Adowa in Marsch sind. In Adi Ugi und Adi Raie würden Infanterie, Schwarzhemden und eingeborene Truppen mit Artillerie und Tanks zusammengezogen.

Die franz. Presse zur Genfer Sauna

Litwinows Mißerfolg. — Vormundschaftsplan für Abessinien.

Paris, 10. Sept.

Der erste Tag der abendlichen Sitzung des Völkerbundes wird in der Pariser Presse von zwei Gesichtspunkten aus eingehend besprochen. Zum italienisch-abessinischen Streitfall unterstreicht man die Vorbehalte, die Italien gegenüber dem Fünferausschuß und damit auch dem Unterausschuß zum Ausdruck gebracht hat und mit denen praktisch jede Verpflichtung abgelehnt wurde, während der Dauer der Verhandlungen von militärischen Maßnahmen in Abessinien Abstand zu nehmen. Andererseits betont man

das glatte Flusko Litwinows,

dem es nicht gelungen sei, seine Kandidatur für den Sitz eines stellvertretenden Präsidenten durchzusetzen. Dieser Durchfall erfüllt einen Teil der Pariser Blätter mit ganz besonderer Freude, da er beweise, daß die Sowjets in Genf nicht gerade in besonderem Gutem Geruch stehen. Im Journal spricht der Außenminister St. Brieu spöttisch von geradezu mitleiderregenden Bedingungen, unter denen Litwinow 20 von 53 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Man habe den Verzicht des belgischen Mi-

nisterpräsidenten auf seinen Sitz zugunsten des sowjetrussischen Außenministers abgelehnt, weil dies den ganzen Fall in ein noch krasserer Licht gestellt hätte. Heute sei jedenfalls der Beweis erbracht, daß die Leiter des Streits trotz ihrer angeblichen Anhänglichkeit, die sie immer wieder gegenüber dem Völkerbund betont hätten, in weiten Kreisen der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes nicht gerade in dem Geruch von Heiligen ständen. Vertinax schreibt im Echo de Paris, daß man den Mißerfolg Litwinows in gewissen ausländischen Souveränen sicher als eine Ablehnung der Rede auslegen werde, die er am Donnerstag zugunsten einer strengen Verteidigung der Grundzüge des Völkerbunds gehalten habe.

Das Ouevre, das für Sowjetrußland von jeher eine gewisse Schwäche an den Tag legte, verlor natürlich die Bedeutung dieses Zwischenfalles herabzumildern. Die Genfer Sonderberichterstatter der Blätter sind übereinstimmend der Ansicht, daß man versuchen werde, „den Schaden wieder auszumachen“. Frankreich und England, so schreibt in diesem Zusammenhang Ouevre, hätten sich bereits dahin verständigt, am Mittwoch einen Vorstoß zu unternehmen, um durch die Schaffung eines neunten Sitzes Sowjetrußland die Möglichkeit zu geben, im Büro des Völkerbundes vertreten zu sein.

Vertinax unterstreicht im Echo de Paris die italienische Ablehnung des Telegramms Madariagas, wonach sich Italien verpflichten sollte, während der Dauer der Beratungen des Fünferausschusses keine militärischen Handlungen in Abessinien zu unternehmen. Wenn man italienischerseits behauptet, daß die italienische Regierung den Fünferausschuß niemals anerkannt habe, so müsse man feststellen, daß die Ideologie der Genfer Einrichtung seit dem Austritt Deutschlands aufgehört habe zu bestehen. Der Vorkriegsstand habe zwar in seiner Eröffnungsrede auf die verschiedenen Arbeitsgebiete hingewiesen, wie Zusammenarbeit der Handelsausfuhr, gesundheitliche Verbesserungen auf dem ländlichen Lande, Schutz der Kinder usw. Aber wenn dieses die ganzen Aufgaben des Völkerbundes seien, so würde er morgen sterben können, ohne daß man irgend etwas verlieren würde. Wenn er sich heute aufrasse, so werde er jedoch noch die Rolle spielen können, die er bisher verspielt habe und damit ein Widerstandszentrum gegen jeden Angreifer bilden.

Es war ein eingefleischtes Vorurteil der ewig Gestrigen, das bei dem Herauskommen der Technik den Untergang der Schönheit befürchtete. Man hing einer verträumten Romantik nach und sah diese zerstört durch Fabrikanlagen, Eisenbahndämme, Telegraphenmasten, Großstadtkirgen, Hochhäuser und Schiffsfahrwege. Wie lange hat es gedauert, bis sich endlich in Dichtung und Bild Künstler damit hervorwagen durften, auch solche Gegenstände zu behandeln, die ihre Entstehung erst dem letzten Jahrhundert verdankten. Um so rückwärtslos haben die Zweckmässigen des 19. und 20. Jahrhunderts ihre praktischen Rechte geltend gemacht; mit einer Lieblosigkeit und einer Geschmacksarmut, die kaum zu überbieten war, schoben sie ihre Maschinenhäuser, ihre Schloten in die friedlichsten und idyllischsten Landschaften vor, und da sie zu den prominenten Steuerzahlern zählten, wagte kaum jemand ihnen irgendwelche Vorschriften zu machen. Man braucht nur durch die in den sogenannten Gründungsahren entstandenen Großstadtdviertel zu gehen, um die Trostlosigkeit zu verspüren, die hier auf Millionen arbeitender Menschen seit zwei Generationen drückt und die durch den jaden Stad und die grauen Balkone eher verhärtet als gemindert wird. Hier waren also zwei Kräfte, die ursprünglich scharf gegeneinanderstanden, am gemeinsamen Wert, und erst ganz allmählich hat sich in den letzten Jahrzehnten das Bedürfnis immer härter geltend gemacht, ohne jede salbige Romantik doch zu Formen der Landschaftsgestaltung zu kommen, die gleichzeitig dem Schönheitssinnigen und dem zweckbewußten Auge gefallen. Diese Versuche blieben sehr vereinzelt. Waren sie doch in das Belieben einzelner Unternehmer und Architekten gestellt und standen doch die Behörden auch hier auf dem liberalistischen Standpunkt: Wenn es nicht gegen die Gesetze verstößt, ist es erlaubt. Von einer großzügigen und einheitlichen Planung war nur selten einmal die Rede, und da nirgendwo der Geschmack so auseinandergeht wie in diesen Fragen, so sind selbst die Lösungen, welche städtischer- oder behördlicherseits getroffen worden sind, sehr häufig berechtigte Gründe des Anstoßes gewesen. Es sei nur erinnert an die knallig bunten Häuserkolonien der Stadt Magdeburg, oder an den gewiß nicht schönen Perspektivum auf dem Potsdamer Platz, der noch immer steht, ohne eine sinnvolle Aufgabe zu erfüllen.

Seit einiger Zeit gibt es ein eigenes Amt, das sich mit diesen wichtigen Fragen befaßt, wo immer sie auftauchen. Es hat den Namen „Schönheit der Arbeit“. Schon dieser Titel vereinigt bewußt die beiden wichtigen Komponenten: die ästhetische und die praktische. Wo immer sich in deutschen Ländern und deutschen Städten Anzeichen der Gestaltung zeigen, geht dieses neue Amt mit seiner Tätigkeit ein. Es macht alle Kräfte mobil, die hier eingesetzt werden können. Presse, Radio und Film treten in den Dienst dieses Amtes, um möglichst weite Kreise des deutschen Volkes überhaupt erst anzuschließen für die in Frage stehende Aufgabe. Man hat in den letzten Wochen und Monaten die Arbeits- und Verhältnisse reinigen und aufhellen lassen, die Fenster blank gepußt, Luft und Sonne hereingelassen, Dede und Wände aufgewischt, Gerümpel aufgeladen und davongefahren. Man hat zwischen die Häuser und an die Straßen Grünanlagen gesetzt, hat Brunnen und Bänke aufgestellt und hat dort, wo ehemals unbefriedigende und von allen gemiedene Schutzplätze waren, vorbildliche Erholungsstätten geschaffen. Ein regelrechter „Grünfeldzug“ ist eingeleitet worden, ein Feldzug gegen alles Grau, Niederdrückende, eine Kampfanlage an die Trostlosigkeit, ein Krieg gegen jede Form des Besitzmismus und für eine echte Lebensfreude. Man hat aber auch andere Instanzen mobil gemacht, um das Unschöne in dem öffentlichen Bild endgültig zu beseitigen. So hat der Verberat der deutschen Wirtschaft eine Verordnung erlassen, die sich wehrt gegen die Anbringung unerlaubter Daueranschlüsse. Wer kennt nicht von der Eisenbahn her, von der Landstraße, jene häßlichen und ausdringlichen Plakate, die an Bretterjähnen, Häuserwänden, ja mitten auf Aedern und Wiesen uns anschreien mit ihrer übertriebenen Geschäftstüchtigkeit. Künftig soll der Daueranschlag aus der Landschaft völlig verschwinden. Nur noch in wenigen Ausnahmefällen hat er seine Berechtigung, so zum Beispiel zur Unterrichtung von Kraftfahrern über Gaststätten, Reparaturwerkstätten, Tank- und Zapfstellen und überall da, wo ein allgemeines wirtschaftliches Interesse vorliegt. Aber auch in den bleibenden Fällen wird dafür Sorge getragen werden, daß der Naturfreund seinen Grund hat, sich abzuwenden. Auch die Werbung in den Ortschaften selbst ist geregelt. Wohngebäude sollen grundsätzlich vom Daueranschlag frei bleiben, es sei denn, daß eine fensterlose Giebelwand vorhanden ist. Hier darf nur alle dreißig Meter ein Daueranschlag angebracht werden, und auch immer nur an der Stelle der eigenen Leistung. Was die Werbung für die Gesamtwirtschaft und für bedeutende, die Allgemeinheit interessierende Wirt-

104

20

den

ann!